

DEMO Impulse

BEITRÄGE FÜR EINE INNOVATIVE KOMMUNALPOLITIK



Zuwanderung und Kommunen

- Zukunft vor Ort gemeinsam gestalten
VON ALEXANDER LEHMANN
- Was die Deutschen über Migration denken
VON FELIX EIKENBERG, SÖNKE HOLLENBERG
- Migration von unten denken
VON JONAS HASE
- Zuwanderung gut für alle, wenn wir sie organisieren
VON LARS CASTELUCCI
- Fachkräftemangel in der Pflege
VON KRISTINA HEINKELE
- Folgen der Zuwanderung aus Südosteuropa
VON CHRISTIANE CERTA

DEMO

KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik



Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt
anmelden!

»KOMMUNE – KONKRET – GESTALTEN«

14. DEMO-Kommunalkongress Berlin | 21. – 22. November 2019

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Freuen Sie sich auf interessante Reden und Impulse u.a. von:



FRANZISKA GIFFEY
Bundesministerin
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



MICHAEL LUDWIG
Landeshauptmann und
Bürgermeister von Wien

THEMENSCHWERPUNKTE

WACHSTUM UND WOHLSTAND

- Starke Kommunale Unternehmen
- Wohnen als Soziale Frage
- Digitale Zukunft gestalten

SCHUTZ UND TEILHABE

- Gute Kitas
- Öffentliche Sicherheit
- Bürgerfreundliche Kommune

KOOPERATION

UND VERANTWORTUNG

- Nachhaltigkeitsziele umsetzen
- Europäische Integration
- Kommunale Partnerschaften



INGEBORG ESSER
Hauptgeschäftsführerin,
GdW – Bundesverband
deutscher Wohnungs-
und Immobilien-
unternehmen e.V.



JÖRG HEYNKES
Autor, Unternehmer
und Zukunftsaktivist

Kooperationspartner:



Zukunft vor Ort gemeinsam gestalten

Kommunale Zuwanderung

Autor Alexander Lehmann

Seit dem Flüchtlingszustrom im Jahr 2015 beherrscht das Thema Migration und Integration von Flüchtlingen die gesellschaftliche Diskussion. Tagtäglich erreichen uns Bilder von kaum seetauglichen Booten auf dem Mittelmeer, in denen sich Familien mit Kindern auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa begeben. Unvergessen bleiben aber auch die Bilder von brennenden Flüchtlingsunterkünften und Demonstration gegen Asylsuchende. Das Thema polarisiert unsere Gesellschaft wie kein zweites.

Den Kommunen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Seit 2015 haben die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise in einer riesigen Kraftanstrengung Asylsuchenden eine neue Heimat und Perspektiven gegeben. Sie kümmern sich vor Ort um die Integration von Geflüchteten und sorgen in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens für ein positives Zusammenleben. Aus ihrer gesellschaftlichen Mitte heraus haben sich zahlreiche Initiativen gegründet die sich gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen um eine erfolgreiche Integration der Asylsuchenden bemühen.

Im Eröffnungsartikel der vorliegenden Ausgabe setzen sich Sönke Hollenberg und Felix Eikenberg von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Frage auseinander, was die Deutschen über Migration denken. Dabei hat ihre repräsentativen Umfrage gezeigt, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung dem Thema Migration eher pragmatisch gegenüber steht. Die Deutschen begreifen Einwanderung als Chance in Zeiten des demografischen

Wandels und des Fachkräftemangels. Sie sind sich der humanitären Verantwortung Deutschlands bewusst, wünschen sich aber klare Regeln und Perspektiven durch die Politik.

Wie sich Kommunen konkret bei der Aufnahme von Geflüchteten engagieren und vernetzen zeigt die Initiative „Sichere Häfen“. Jonas Hase vom Verein „Seebrücke e.V.“ beschreibt am Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam, wie sich Kommunen auch über das bisherige Maß hinaus für Asylsuchende öffnen und ihnen einen „Sicheren Hafen“ bieten können. Bereits 85 Kommunen in Deutschland haben sich per Ratsbeschluss den Forderungen der Initiative nach mehr kommunaler Aufnahme von Geflüchteten angeschlossen.

Der Frage wie eine sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik gestaltet werden kann widmet sich der Sprecher für Migration und Integration der SPD Bundestagsfraktion Dr. Lars Castellucci in seinem Beitrag zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Dieses zentrale Gesetzgebungsvorhaben erleichtert den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Fachkräfte aus dem Ausland. Dies gilt nicht wie bisher nur für Hochqualifizierte, sondern auch für Einwanderer mit Berufsausbildung.

Ein Beispiel, wie Fachkräfte im Ausland gewonnen und in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können, ist das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit initiierte Projekt „Triple Win“. Projektlei-

terin Kristina Heinkle von der GIZ beschreibt in ihrem Beitrag, wie vietnamesische Auszubildende zu Pflegefachkräften ausgebildet und auf ihr zukünftiges Leben in Deutschland vorbereitet werden. Im Pflegebereich herrscht seit Jahren akuter Fachkräftemangel, dem durch gezielte Aus- und Weiterbildung von ausländischen ArbeitnehmerInnen entgegengewirkt werden soll.

Welche sozialen Probleme durch eine unkontrollierte und ungesteuerte Arbeitsmigration vor allem aus Südosteuropa auf Kommunen zukommen können, beschreibt die Sozialplanerin Christiane Certa am Beispiel der Dortmunder Nordstadt. Sie sieht vor allem den Bund in der Pflicht, durch eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sozialplanerische Initiativen der Städte zu unterstützen und eine langfristige Integration zu ermöglichen.



Alexander Lehmann
Bundes-SGK, Referent

bundes-sgk.de

Impressum

DEMO Impulse,
Fachorgan der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin

Herausgeber: Frank Baranowski,
Vorsitzender der Bundes-SGK
Telefon: (030) 25993 960
Telefax: (030) 25993 970
E-Mail: info@bundes-sgk.de
Internet: www.bundes-sgk.de

Die Inhalte der Beiträge geben die Auffassung
der Autorinnen und Autoren wieder.

Redaktion: Dr. Manfred Sternberg, Peter Hamon,
Alexander Lehmann
Layout: Heidemarie Lehmann

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,

Stresemannstraße 30, 10963 Berlin,
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192
Geschäftsführer: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK Agentur für Sales
und Kommunikation GmbH
Gewerbehof Bülowbogen, Hof D, Eingang D1,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel
(Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36
Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 36 vom
1. Januar 2019

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären
Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier
DEMO Sonderheften/Impulse.

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 Euro
Jahresabonnement: 60 Euro (inkl. Versand und 7 % MwSt.);
für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 Euro
Jahresabonnement (Ausland): 60 Euro zzgl. Versandkosten
Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr,
sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf
schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung
ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer

Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz
oder auf Minderung des Bezugspreises.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird
keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in
ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich
geschützt.

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de



Zugleich Versandanschrift für
Beilagen und Beihefter mit Zusatz
„Warenannahme“.

Was die Deutschen über Migration denken

Schicksalsfrage der Sozialdemokratie

Autoren Felix Eikenberg und Sönke Hollenberg

Derzeit wird in politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten oft angenommen, dass durch die westlichen Gesellschaften eine neue Spaltung gehe. Obwohl die Gesellschaft durch Prozesse wie Individualisierung, Differenzierung und Singularisierung immer vielfältiger wird, traditionelle gesellschaftliche Milieus an Größe und Einfluss verlieren und die Gesellschaft insgesamt dadurch diffuser scheint, wird in diesen Debatten eine neue Zweiteilung, sogar Spaltung, angenommen. Demzufolge handelt es sich bei dem einen Teil um die tendenziell urbanen, besser gebildeten, privilegierten Mittel- und Oberschichten, die modernen Akademiker oder auch Eliten, die von den Megatrends Globalisierung und Digitalisierung profitieren und weltoffen eingestellt sind. Sie werden meistens als „Kosmopoliten“ bezeichnet. Ihnen gegenüber stehen, so die Annahme, die „Kommunitaristen“, traditionell orientierte und weniger gebildete Mitglieder der Arbeiterklasse und unteren Mittelschicht, die kaum von Globalisierung und Digitalisierung profitieren.

In dieser Gegenüberstellung wird dem Themenfeld Migration und Integration eine zentrale Rolle beigemessen. Demnach sind die Kosmopoliten in diesen Fragen liberal eingestellt und treten für den Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten ein. Die Kommunitaristen hingegen stehen Migration eher skeptisch gegenüber, da sie kulturelle Verlustängste und Sorgen vor sozialen Verteilungskonflikten haben.

Diese etwas schablonenhafte Einteilung wird auch dazu herangezogen, um die derzeitige Schwäche der Sozialdemokratie in Deutschland zu analysieren. Bisweilen wird dabei das Themengebiet Migration und Integration so aufgeladen, als entscheide sich an ihm allein die Zukunft der Sozialdemokratie. Ist also die Migration das Schicksalsthema der SPD? Wer die Dinge so darstellt, folgert in der Regel, dass der entscheidende Faktor auf dem Weg zum Wiedererstarken der Sozialdemokratie eine restriktivere Positionierung in Migrations- und Integrationsfragen sei. Wer jedoch so denkt, der irrt. Diesem Ansatz liegen nämlich falsche Annahmen und Fehleinschätzungen der Einstellungen in der Bevölkerung zugrunde.

Eine der Annahmen ist, es gelte v. a. von der AfD Stimmen zurückzuholen, wozu eine ver-

schärfte Migrationspolitik gut geeignet sei. Die AfD wurde 2013 gegründet, als die Sozialdemokratie in Deutschland bereits deutlich geschwächt war, nicht zuletzt durch die herben Stimmenverluste. Ihr Ergebnis bei den jeweiligen Bundestagswahlen sackte zwischen 2005 und 2009 von 34,2 Prozent auf 23,0 Prozent ab, in einer Zeit übrigens, in der der Zuwanderungssaldo viel geringer war als zuletzt. Bei den Bundestagswahlen 2017 erlangte die AfD mit 12,6 Prozent einen großen Erfolg. Doch auch wenn die Stärke der Rechtspopulisten der vielleicht am meisten beachtete Aspekt der Wahl war, bedeutet das nicht, dass sich allein daraus die Schwäche der SPD erklärt. Die Sozialdemokraten haben nämlich nachweislich in alle politischen Richtungen Stimmen verloren, nicht zuletzt in Richtung der tendenziell migrationsoffenen Grünen. Diese bereiten gerade den Millionen ehrenamtlich Engagierten im Bereich der Flüchtlingshilfe durch ihre offene Haltung attraktive Integrationsangebote, während die SPD als Teil der Großen Koalition mit den von der CDU/CSU forcierten Restriktionen im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik verbunden wird. Auch im wachsenden Segment der Deutschen mit Migrationshintergrund fährt die Sozialdemokratie mittlerweile herbe Verluste ein.

Dass die SPD für einen liberalen oder progressiven Kurs in der Migrationspolitik steht, wird also nicht in der ganzen Bevölkerung so wahrgenommen, wie es die Befürworter einer restriktiveren Migrationspolitik annehmen und folglich eine Kurskorrektur fordern. Denn auch weltoffenen Orientierte und viele Menschen mit Migrationshintergrund vermissen klare Positionen der Sozialdemokratie in der Migrationspolitik und wünschen sich eine Kurskorrektur, nur eben in die andere Richtung.

Deutsche sehen Einwanderung in erster Linie pragmatisch

Nach den falschen Annahmen wenden wir uns nun den Fehleinschätzungen zu. Populisten geben vor, die „berechtigten“ Sorgen und Interessen des „wahren“ Volkes zu vertreten. In den medialen und politischen Debatten nehmen Migration und Integration einen verhältnismäßig großen Raum ein und sind häufig negativ als Probleme besetzt. Doch was denken die Deutschen tatsächlich über Migration und Integrati-

on? Sind die Einstellungen dazu wirklich so negativ und polarisiert, wie die öffentliche Debatte suggeriert? Um einen sachlichen und empirisch fundierten Beitrag zur Diskussion über das Einwanderungsland Deutschland zu leisten, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine repräsentative Umfrage zu diesem Themenbereich in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse zeigen: Der Blick auf Einwanderung ist weniger aufgeregt, v. a. ist er pragmatisch. So ergab die im November und Dezember 2018 durchgeführte Befragung, dass die Bevölkerung nicht in zwei, von einem tiefen Graben entlang der Migrationsfrage getrennte Gruppen zerfällt. Diese zwei Pole gibt es zwar, ihnen lässt sich jedoch nur jeweils ein Viertel der Befragten zuordnen. Die Hälfte der Deutschen hingegen hat differenzierte Einstellungen zu Migration und Integration und lässt sich als „bewegliche Mitte“ beschreiben, die grundsätzlich offen gegenüber Einwanderung ist, aber auch Herausforderungen in diesem Zusammenhang sieht. Dies zeigt, dass die oft behauptete zentrale und generelle Spaltung der Bevölkerung bei diesem Themenfeld nicht existiert.

Grundsätzlich sieht eine Mehrheit der Deutschen, dass das Land Einwanderung als Chance begreifen sollte. In besonderer Weise wird diese Ansicht hinsichtlich des Fachkräftemangels vertreten. Um ihm entgegen zu wirken, braucht Deutschland ausländische Arbeitskräfte, wie 63 Prozent der Befragten denken. Doch auch für das kulturelle und soziale Leben ist Einwanderung eine Bereicherung, glaubt die Hälfte der Deutschen. Nur ein Viertel der Befragten hat etwas dagegen, dass Geflüchtete in der Nachbarschaft untergebracht werden.

Der Schluss liegt also nahe, dass als Tatsache anerkannt wird, dass Deutschland mittlerweile ein Einwanderungsland ist. Dabei zeigen sich überwiegend pragmatische und differenzierte statt eindimensional entgegenstehende Einstellungsmuster. So denken 70 Prozent der Befragten, dass genauso viele oder sogar mehr Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, aufgenommen werden sollten, als es aktuell der Fall ist. Andererseits sprechen sich über die Hälfte der befragten Deutschen dagegen aus, in Zukunft Menschen, die aus „wirtschaftlichen Gründen und vor Armut“ fliehen, aufzunehmen. Bemerkenswert ist, wie stark (78 Prozent) die Unterstützung dafür ist, dass gut integrierte und einer Arbeit nachgehende Ausländer in Deutschland bleiben dürfen, selbst wenn sie ausreisepflichtig sind.

Die viel zitierten „Sorgen und Ängste der Bevölkerung“ im Zusammenhang mit dem Zuzug von Geflüchteten und Migranten gibt es tatsächlich, auch das geht aus der Umfrage hervor. Doch anders als die öffentliche Debatte suggeriert, beziehen sie sich nicht etwa auf die Kosten der Integration oder auf Konkurrenz um Arbeitsplätze. Angesichts einer guten gesamtwirtschaftlichen

Entwicklung mag das nicht überraschen, doch selbst Befürchtungen auf sozialer und kultureller Ebene wie etwa hinsichtlich Kriminalität, Terror oder dem Einfluss des Islams sind zwar vorhanden, erscheinen aber erst an dritter oder vierter Stelle. Am meisten sorgen sich die Deutschen angesichts des Zuzugs von Flüchtlingen und Migranten vor einer Zunahme von Rechtsextremismus, rassistischer Gewalt und einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft.

Doch nicht nur die Sorgen der Menschen vor Rechtsextremismus und der Spaltung der Gesellschaft zeigen politischen Handlungsbedarf auf, auch an anderer Stelle wird dies deutlich. Denn oft wirken große Herausforderungen für viele Menschen beunruhigend und werden von diesen als wenig kontrollierbar wahrgenommen. Und tatsächlich traut nicht mal jeder Zweite der Politik zu, die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Diese Politiksepsis zeigt sich auch konkret gegenüber der Flüchtlingspolitik selbst, bei der laut Umfrage eine große Mehrheit der Bevölkerung einen klaren Plan der Bundesregierung vermisst.

Aber auch generell verlangen Bürger, abseits der konkreten Fragen in der Flüchtlingspolitik oder der allgemeinen gesellschaftlichen Herausforderungen, politische Zukunftsentwürfe. Denn Politik ist mehr als Verwaltung des Status quo und mehr als die reine Bearbeitung von Herausforderungen. Sie ist darüber hinaus auch immer eine Entscheidung darüber, wie eine Gesellschaft sein will. Das ist ein Teil des freiheitlichen Kerns von Politik.

Viel zu lange wurde angesichts der Globalisierung und vermeintlich mit ihr verbundener Sachzwänge der Eindruck erweckt, dass man gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr gestalten kann. Dass mittlerweile fast drei Viertel der Bürger Visionen des Zukünftigen vermissen, sollte zu denken geben. Auch die Sozialdemokratie wurde lange mit einem Versprechen auf eine bessere Zukunft verbunden. An diese Tradition sollte sie wieder anknüpfen, wenn sie in die Erfolgsspur zurückkehren möchte. Eine Rückkehr zum Willen zur Gestaltung, wie sie sich in den jüngsten programmatischen Änderungen zeigt, ist daher mehr als begrüßenswert. Eine stärkere Handlungsfähigkeit mit einer Richtungsänderung vor allem im Bereich der Integrations- und Migrationspolitik zu demonstrieren, wie es der Sozialdemokratie oft empfohlen wird, wirkt hingegen ausweichend. Ist nach Jahren des neoliberalen Umbaus wirklich eine (vermeintliche) Offenheit gegenüber Geflüchteten und Einwanderern das Problem?

Zusammenhalt fördern!

Ansätze für einen sozialdemokratischen Gestaltungsbedarf ergeben sich vielmehr vor allem im fehlenden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn eine deutliche Mehrheit der Bürger sieht diesen laut der Umfrage schwinden und Egoismen anwachsen. Dass es in einer von

Konkurrenz geprägten Gesellschaft zu wenig Anerkennung für Menschen ohne Studienabschluss gibt, beklagt ebenfalls eine Mehrheit. Aber auch konkreten persönlichen Sorgen der Bürger sollte sich die Sozialdemokratie stärker widmen: So hat mehr als die Hälfte der Bürger das Gefühl, nicht von der wirtschaftlich guten Lage Deutschlands zu profitieren und blickt sorgenvoll in die eigene Zukunft. Gerade vor dem Hintergrund eines teilweise vorhandenen Gefühls des Zukurzkommens, das sich dann auch in Ressentiments gegenüber Geflüchteten äußern oder diese verstärken kann, sollten diese Zahlen alarmieren. Auch vermeintlich banale Tatsachen wie ein verbreitetes Gefühl der Überforderung durch das hektische Leben und die alltäglichen Anforderungen, sollten zu denken geben. Die beschleunigte Gesellschaft steht nicht nur dem guten Leben und dem Ausüben von Tätigkeiten, die dem Zusammenhalt förderlich sind, entgegen. Auch Empathie gegenüber Geflüchteten und ein Gefühl der Verbindung mit Menschen anderer Herkunft, stellen sich in hektischen Zeiten womöglich schwerer ein. Ein Leben im permanenten Aggressionsmodus, wie es der Jenaer Soziologe Hartmut Rosa beschreibt, in dem die Welt dauerhaft als Kampfarena erscheint, untergräbt nicht nur Solidarität, sondern verhindert auch den Perspektivenwechsel.

Was ist also die Aufgabe der Sozialdemokratie angesichts dieser Befunde? In Anbetracht der großen pragmatisch und differenziert denkenden Mitte sind polarisierende Ansätze wenig vielversprechend. So ist es für die Sozialdemokratie wie eingangs dargestellt und anders als oft behauptet, weder strategisch sinnvoll noch normativ wünschenswert, sich in der Migrations- und Integrationspolitik weiter rechts zu positionieren. Das bedeutet keinesfalls, die Debatte um Einwanderung den Rechten zu überlassen. Vielmehr geht es darum, dass sich die Sozialdemokratie nicht an der von Rechtspopulisten gesetzten Agenda abarbeitet, sondern selbstbewusst eine eigene Richtung vorgibt. Daher darf sie der Bevölkerung auch nicht das Gefühl geben, vorhandene Sorgen nicht ernst zu nehmen. Stattdessen ist die grundsätzliche Offenheit der Bevölkerung durch kluge Politik zu unterstützen, die Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit erweckt. Letzteres ist nicht zuletzt angesichts der Vielzahl an Herausforderungen nötig, bei denen die Bürger Antworten erwarten. Dabei stehen gerade auf der kommunalen Ebene viele Aufgaben an, denn Integration gelingt nicht zuletzt vor Ort: Bestehen beispielsweise ausreichend Möglichkeiten zur Unterbringung, sowohl für die schnelle Erstaufnahme von Geflüchteten als auch genügend Wohnraum um dauerhaft anzukommen? Gibt es genügend Beratungs- und Vermittlungsangebote, um Menschen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt oder eine Qualifizierung zu ermöglichen? Kennt die kommunale Verwaltung die entsprechenden zivilgesellschaftlichen Initia-

tiven vor Ort und fördert sie deren Engagement für ein gutes Zusammenleben? Teilweise sind dies explizit migrationspezifische Aufgaben. Häufig geht es jedoch ganz allgemein um gute Strukturen für alle Bewohner einer Kommune, kürzlich hinzugezogene und schon lange dort ansässige, unabhängig von ihrer Herkunft.

Die pragmatische Offenheit der Bevölkerung für Einwanderung gilt es auch mit einer Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, die für klare Regeln und Prinzipien sorgt, zu denen auch faire und funktionierende Verfahren der Aufnahme von Geflüchteten gehören. Integration lässt sich so gestalten, dass wir alle davon profitieren. Dies geht nicht ohne Konflikte, aus denen wir aber gestärkt hervorgehen und in der offenen Gesellschaft zusammenwachsen können.

Eine sozialdemokratische Erzählung, nach der sich viele sehnen, kann dann aufbauen auf einem verstärkten und inklusiven Verständnis von Solidarität und Republik: „We are all in this together“, so lautete etwa ein Slogan von Bernie Sanders während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 und die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan formulierte es angesichts des Rechtsrucks so: „Es ist unser Land, verteidigen wir es gemeinsam“. Ein besseres Morgen für alle, die hier leben, bekommen wir nur so!

(Dies ist eine leicht angepasste Version eines Beitrags, der im Original in Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Ausgabe 4/2019 erschienen ist. Die vollständigen Ergebnisse der repräsentativen Meinungsumfrage „Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken“ sind auf dem Themenportal zu Flucht, Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung zu finden unter fes.de/fmi.



Felix Eikenberg

leitet das Forum Berlin der FES, seine Arbeitsschwerpunkte sind Rechtspolitik sowie Migration und Integration.

felix.eikenberg@fes.de



Sönke Hollenberg

war Referent für Integration und Teilhabe im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ist Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

soenke.hollenberg@uni-bonn.de

Migrationspolitik von unten denken

Die Seebrücke und das Prinzip „Sichere Häfen“

Autor Jonas Hase

Flucht ist ein Menschenrecht

Vor 80 Jahren, im Jahr 1939, fuhr das Passagierschiff St. Louis mit 937 Flüchtlingen von Hamburg aus in Richtung Amerika. Die Menschen, überwiegend JüdInnen, flohen vor Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten. Sie suchten einen sicheren Hafen; hofften, einen sicheren Ort zu finden. Nach mehreren Monaten und der Ablehnung der Menschen sowohl an der kubanischen, US-amerikanischen, als auch der kanadischen Grenze mussten fast alle Flüchtenden zurück nach Europa. Ein Großteil der Menschen gelangte nach der Besetzung Belgiens, Frankreichs und der Niederlande in deutsche Gefangenschaft. Mindestens 254 von ihnen wurden während der Shoah ermordet.

Diese Geschichte erinnert uns daran, wie sehr innenpolitischer Druck die Rettung von Menschen vor Tod und Verfolgung unterminieren kann. Die Menschen wurden zurück nach Europa gebracht, weil sichere Staaten nicht bereit waren, ihnen Schutz und Hilfe anzubieten. Ein Resultat solcher Katastrophen waren zivilisatorische Errungenschaften wie die Europäische Erklärung der Menschenrechte oder die Genfer Flüchtlingskonvention.

„Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“ (Artikel 33, Absatz 1)

Eigentlich sollte zum Thema Seenotrettung im Mittelmeer damit und mit einigen anderen Artikeln des Seerechts und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte alles gesagt sein. Was zurzeit jedoch passiert ist eine Wiederholung der Fehler, die während der nationalsozialistischen Diktatur begangen wurden. Menschen fliehen, weil sie aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Religion Verfolgung ausgesetzt sind, weil in ihrem Heimatland Kriege und die Auswirkungen des Klimawandels das Land zerstören oder immer mehr Naturkatastrophen geschehen, weil sie schlicht in ihrem Land keine Perspektive haben. Für sie gibt es kaum legale Einreisemöglichkeiten, sie werden zurückgewiesen und sterben auf immer schwierigeren Fluchtrouten. Sie suchen einen sicheren Ort zum Bleiben und einen sicheren

Hafen zum Ankommen. Sollten wir, mit unserer Geschichte, schutzsuchenden Menschen einen solchen Ort verwehren?

Zentrale Mittelmeerroute und Libyen

Nach dem langen Weg bis an die Grenzen Europas müssen viele Menschen in Lagern in Libyen auf die Überfahrt nach Europa warten. Nach Berichten von Ärzten ohne Grenzen und Betroffenen werden viele der Wartenden durch die libyschen Milizen versklavt und getötet. Kaum eine flüchtende Frau verlässt Libyen, ohne vergewaltigt worden zu sein. Während des dortigen Bürgerkriegs, der seit Jahren das Funktionieren staatlicher Strukturen unmöglich macht, sind mehrfach Lager mit geflüchteten Menschen beschossen worden. Beim letzten Angriff starben laut Ärzten ohne Grenzen über 40 Geflüchtete.

Gerettete Menschen erzählen, dass sie lieber tot seien, als wieder nach Libyen zurück zu müssen. Der Weg übers Mittelmeer, mit meist kaum hochseetauglichen Booten, ist für viele die einzige Rettung. Seit Jahren wird diesen Menschen durch die sogenannte libysche Küstenwache die Überfahrt erschwert. Die EU finanziert die Ausbildung der Organisation, welche Menschen zurück nach Libyen bringt. Solche illegalen Rückführungen geschehen ebenso an den anderen EU-Außengrenzen. Durch diese Zurückweisung schutzsuchender Personen verletzt die EU unter anderem die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention.

Gleichzeitig wurde die staatliche Seenotrettung, wie die Mission Mare Nostrum, eingestellt. Fracht- und Touristenschiffe haben ihre Routen angepasst, sodass sie kaum noch auf Fluchtboote im Mittelmeer stoßen. Hilfe für die flüchtenden Menschen kommt mittlerweile fast ausschließlich von zivilgesellschaftlichen Seenotrettungsorganisationen. Dafür werden Menschen, wie die Besatzung der Luventa, jedoch seit Jahren kriminalisiert. Sie werden dafür angeklagt, dass sie sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzten.

Was ist die Seebrücke?

Gegen diese Kriminalisierung der Rettung von Menschenleben und aus der Überzeugung, dass die Migrationspolitik zugunsten der Helfenden und Flüchtenden verändert werden muss, gründete sich im Juli 2018 die Initiative „Seebrücke“.

Die Bewegung hat mittlerweile über 100 Lokalgruppen in Deutschland. Die AktivistInnen sind fassungslos, für grundlegende Menschenrechte und Selbstverständlichkeiten auf die Straße gehen zu müssen.

Die Seebrücke hat sich zu einem wichtigen Schnittpunkt zwischen Zivilgesellschaft, Seenotrettungs-NGOs und der Politik entwickelt. Sie solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und fordert sichere Fluchtwege, die Entkriminalisierung der Seenotrettung und die menschenwürdige Aufnahme von geflüchteten Menschen. Für die steht fest, dass die Abschottung Europas keine Lösung globaler Verteilungs-, Sicherheits- und Klimaprobleme sein kann. So selbstverständlich, wie Menschen aus Europa in alle Länder der Welt in den Urlaub fahren, sollten alle Menschen auch die Möglichkeit haben, auf legalem Weg Zuflucht in Europa zu suchen. Nur durch legale Einreisewege wählen weniger Menschen langfristig tödliche Fluchtrouten. MigrationsforscherInnen, wie Prof. Sonja Buckel von der Universität Kassel, schlagen dazu beispielsweise die Einreise über humanitäre Visa vor. Bisher werden aber solche rechtlichen Möglichkeiten von staatlicher Seite kaum angeboten oder genutzt.

Andere WissenschaftlerInnen wie Gesine Schwan beschäftigen sich seit Jahren mit der kommunalen Aufnahme von Menschen und deren Finanzierung durch EU-Fonds. Schwan entwickelt ein Konzept, bei dem Kommunen freiwillig geflüchtete Menschen aufnehmen können. Die Kosten, die der Kommune durch die Aufnahme entstehen sollen in doppelter Höhe aus einem EU-Fonds übernommen werden, um so die generelle kommunale Entwicklung zu fördern. An dieses Konzept schließt sich die Idee der „Sicheren Häfen“ an.

Sichere Häfen

Das Konzept „Sichere Häfen“ basiert auf der Annahme, dass die Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik ein Mitspracherecht in der Migrationspolitik erhalten sollten. Die Wünsche, Sorgen und Vorstellungen der Zivilgesellschaft werden momentan politisch kaum wahrgenommen. Dabei haben sich über 300.000 Menschen unter dem Banner der Seebrücke und 250.000 bei der Unteilbar-Demo am 13. Oktober 2018 für eine positive, offene und solidarische Migrationspolitik und Gesellschaft eingesetzt. All diese Menschen wollen sich in der EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik wiederfinden. Genauso haben im Jahr 2015 vor allem BürgerInnen vor Ort und Kommunen die Herausforderungen des Summer of Migration gemeistert. Menschen, die hierher kommen, werden in Kommunen aufgenommen und finden dort ein neues Zuhause. Kommunale VertreterInnen können am besten einschätzen, wie auch zukünftig vor Ort positiv mit Migration umgegangen werden kann. Städte und Gemeinden sind die Orte des Ankommens und Bleibens, das neue Zuhause. Die Menschen werden in der dortigen Zivilgesellschaft aufgenommen, wo sie traumatische Erfahrungen aus dem Heimatland und von der Flucht verarbeiten können. Deswegen ist

das Konzept „Sichere Häfen“ ein Angebot an die Kommunen, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Migrationspolitik von oben zu einer Migrationspolitik von unten zu verändern. Langfristig soll das Konzept das Ziel verfolgen, das solidarische Zusammenleben in einer Stadt zu fördern und Solidarität und Menschlichkeit zu grundlegenden Pfeilern der Politik zu machen.

Ein sicherer Hafen sollte langfristig folgende Punkte umsetzen:

- Öffentliche Solidaritätsbekundung mit Geflüchteten und den Zielen der Seebrücke;
- Öffentliche Positionierung gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung;
- Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur bestehenden Quote;
- Einsatz für neue kommunale Aufnahmeprogramme und für die Ausweitung bestehender Programme gegenüber der Bundes- und Landesregierung;
- Vernetzung mit anderen Sicheren Häfen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene und
- Gewährleistung von guter und sicherer Aufnahme.

Dabei dürfen bei der Fokussierung auf die aus Seenot geretteten Menschen jedoch nicht die anderen Fluchtrouten und Schicksale vergessen werden. Deshalb ist eine Weiterentwicklung des Konzepts des sicheren Hafens dahingehend denkbar, die Aufnahme auf Menschen aus anderen Fluchtkontexten auszuweiten. Beispielsweise ist zurzeit die direkte Aufnahme aus Libyen notwendig, damit sich Menschen erst gar nicht auf die tödliche Mittelmeerroute begeben müssen.

Seit dem letzten Jahr haben sich über 85 deutsche Kommunen in Ratsbeschlüssen Teilen der Forderungen angeschlossen. Die Beschlüsse erfüllen verschieden viele Forderungen der Seebrücke oder gehen sogar darüber hinaus, wie das Beispiel Potsdam zeigt.

Sicherer Hafen Potsdam

Die Stadt Potsdam zeigt seit Langem, wie Zivilgesellschaft und die Kommune im Einsatz gegen Rassismus und Rechtsextremismus für ein buntes Potsdam zusammenarbeiten können. Im Sommer 2015 halfen mehrere tausend PotsdamerInnen bei der Vorbereitung der Stadt auf die ankommenden geflüchteten Menschen. Diese Solidarität versteifte sich in Form von verschiedenen Initiativen, die sich für geflüchtete Menschen einsetzten. Mit

dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“, dessen Vorsitz der Oberbürgermeister Mike Schubert innehat, setzt sich die Stadt seit Jahren gegen den Rechtsruck ein. Gemeinsam mit heimischen Firmen und Vereinen sorgen StadtpolitikerInnen und Menschen aus der städtischen Verwaltung für ein solidarisches Miteinander.

Aus der Zusammenarbeit der Seebrücke Potsdam mit mehreren Stadtratsfraktionen entstand ein weitreichender Antrag „Sicherer Hafen Potsdam“, welcher Anfang Dezember 2018 verabschiedet wurde. Dieser umfasst, zusätzlich zu den oben genannten Punkten die Übernahme einer Patenschaft für eine Seenotrettungsmission und die Auszeichnung der SeenotretterInnen. Letzteres ist mit der Auszeichnung der Luventa-Crew mit dem Max-Dortu Preis für Zivilcourage und gelebte Demokratie im Juli 2019 geschehen.

Bereits im Sommer 2018 hatte sich Mike Schubert, damals noch Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, für die Seenotrettung ausgesprochen. Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister suchte die Potsdamer Seebrücke den Dialog mit ihm. Direkt nach dem Beschluss zum „Sicheren Hafen“ erklärte er sich bereit, sich persönlich für dessen Umsetzung einzusetzen. Seit Januar arbeitet die Seebrücke gemeinsam mit der Stadt daran, die Punkte des Beschlusses umzusetzen. Neben der Gründung einer AG Ausländerbehörde zur Evaluation und Verbesserung der Behörde hat sich die Stadt vor allem für kommunale Aufnahmemöglichkeiten eingesetzt.

Gemeinsam mit der Seebrücke veranstaltete die Stadt einen Kongress, welcher eine Vernetzungsmöglichkeit der Kommunen mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, WissenschaftlerInnen und anderen PolitikerInnen von kommunaler bis europäischer Ebene darstellte. Dort gründete Potsdam gemeinsam mit elf anderen Städten das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Seitdem sind weitere Kommunen diesem Bündnis beigetreten, welches konkret an kommunalen Aufnahmemöglichkeiten arbeiten möchte. Dafür wird ein Dialog mit dem Bundesinnenministerium angestrebt. Durch die Vernetzung der Kommunen und den Kongress zeigte sich eine große Solidarität und Aufgeschlossenheit gegenüber der Idee der kommunalen Aufnahme.

Dieses Beispiel beweist, wie positiv die Seebrücke als zivilgesellschaftliche Akteurin und Stimme einer solidarischen, weltoffenen Bevölkerung und

eine Kommune zusammenarbeiten können. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass Themen wie Abschiebungen oder die Verbesserung der Aufnahme und Bleibeperspektive geflüchteter Menschen, innerhalb der Kommunen verbessert werden müssen. Das Beispiel Potsdam zeigt, dass Demokratie nur durch die Einbindung von Betroffenen und der Zivilgesellschaft in politische Prozesse und Entscheidungen funktioniert.

Ausblick

Das Engagement der Seebrücke und das Bekenntnis vieler Kommunen zum „Sicheren Hafen“ zeigt Wirkung. Diskussionen über staatliche Seenotrettungsmissionen und solidarischere Verteilungslösungen nehmen zu. PolitikerInnen aller demokratischen Parteien fordern eine Verbesserung der Situation auf dem Mittelmeer. Die Anzahl an solidarischen Kommunen, die handeln möchten und das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ wachsen stetig und sind öffentlich sichtbar. Zum konstituierenden Treffen am 1. Oktober 2019 hat der Rottenburger Oberbürgermeister Stephan Neher VertreterInnen aller sicheren Häfen eingeladen. Dieses Treffen wird die Weichen für eine gemeinsame Zusammenarbeit der Kommunen beim Thema kommunale Aufnahme setzen. Die Seebrücke bewertet dies als ersten Teilerfolg in Richtung Einbindung der Kommunen in die Migrationspolitik.

Auf kommunaler Ebene geht es mehr und mehr um das Ankommen und Aufnehmen. Doch reicht es nicht, das Thema Seenotrettung alleine zu betrachten. Es reicht nicht, einen Diskurs unter EuropäerInnen zu führen. In die Veränderung von Migrationspolitik müssen Betroffene selbst eingebunden und es muss weit über das Thema Fluchtroute Mittelmeer hinaus gearbeitet werden: Es geht um eine gänzliche Veränderung unseres Umgangs mit Migration. Es ist nun unsere gemeinsame Verantwortung, Migration positiv zu gestalten und solidarisch zu handeln. Uns abzuschotten und immer mehr Menschen an den tödlichen Grenzen Europas sterben lassen, ist keine Alternative.



Jonas Hase

Seebrücke Potsdam

<https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland>

FOTO: PRIVAT

ANZEIGE

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall...“

– Edmund Mastiaux, Inhaber

zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de



Zuwanderung gut für alle, wenn wir sie organisieren

Über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Autor Dr. Lars Castelucci

In meine Bürgersprechstunde kommen Leute, die haben 80, 90 Bewerbungen geschrieben und noch nicht einmal eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch erhalten. Eine Frau mittleren Alters schildert mir, wie schwer ihr der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Phase der Kindererziehung fällt. „Ich leide keine Not“, sagt sie, „mein Mann verdient gut Geld, aber ich habe eine gute Qualifikation und man speist mich mit geringfügiger Beschäftigung ab. Das Gerede über Fachkräftemangel empfinde ich als Schlag ins Gesicht.“ 2018 gab es 2,34 Millionen Arbeitslose, eine Zahl, in die nach internationalen Standards viele erst gar nicht eingerechnet werden. 3,2 Millionen Beschäftigte sind in Deutschland befristet beschäftigt. In den vergangenen 20 Jahren hat sich diese Zahl somit verdoppelt. Der Anteil von Befristungen an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegt bei 8,3 Prozent. Noch nie waren der Anteil und die Anzahl von Befristungen so hoch. Einen Hochstand mit 1,8 Millionen verzeichnen dabei die sachgrundlosen Befristungen und es gibt deutlich mehr Befristungen ohne als mit Sachgrund (58,4 Prozent). Die Zahlenreihe ließe sich fortsetzen. Haben wir am Arbeitsmarkt nicht genug zu tun, statt uns um weitere Zuwanderung zu kümmern?

Ja und nein. Genauso steht der Unternehmer vor mir, dem es kaum gelingt, Auszubildende in die ländlicheren Gegenden des Wahlkreises zu locken. Andere zittern, dass ein Geflüchteter abgeschoben werden könnte, ohne dessen verlässliche Mitarbeit der Betrieb auf dem Spiel steht. Arbeit und Arbeitslosigkeit haben immer auch etwas damit zu tun, ob Angebot und Nachfrage aufeinander passen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Ansprüche beiderseits im Allgemeinen „höher, schneller, weiter“ in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen sind. Bewerbungsverfahren dauern häufig eine Ewigkeit und werden immer teurer. Besonders in Erinnerung ist mir ein erfolgreicher Bauunternehmer, der selbst keinen Brief fehlerfrei zustande bekam, sich aber beklagte, dass das Niveau der Auszubildenden immer weiter sinke. Dabei war er doch selbst das beste Beispiel, wie man sogar ein Unternehmen aufbauen und führen kann, ohne in der Schule die besten Noten gehabt zu haben. Es würde uns allen gut tun, mehr auf die Menschen

und ihre Stärken und Talente zu sehen, statt auf ihre Defizite. Da sich dieser Trend mittlerweile aber schon in die frühkindliche Bildung eingegraben hat, wird eine Umkehr nicht leicht werden. Den Unternehmen, Pflegeeinrichtungen, Handwerkern im Land ist damit jedenfalls kurzfristig nicht geholfen. In vielen Branchen und Regionen gibt es Vollbeschäftigung, und schon jetzt sind 1,6 Millionen Stellen längerfristig mit steigender Tendenz unbesetzt. Service- und Versorgungsdienstleistungen werden vor allem auf dem Land ein immer knapperes Gut. Fachkräftengpässe sind neben den Medizinischen Gesundheitsberufen vor allem in den Berufsgruppen Land-, Tier- und Forstwirtschaftsberufen zu finden. Engpässe lassen sich auch in der Fahrzeugführung im Eisenbahn- und Schiffsverkehr, Bauplanung und -überwachung, Architektur, Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik wie auch im Polizei-, Kriminaldienst, Gerichts- und Justizvollzugsdienst feststellen. Deutschland braucht schon heute zusätzliche Fachkräfte.

Und das ist nur die Sicht auf die heutigen Zahlen. Künftig sind wir noch stärker auf Zuwanderung angewiesen, denn aufgrund der Alterung der Gesellschaft sind wir vor große Herausforderungen gestellt. In Deutschland führt die demografische Entwicklung langfristig dazu, dass die Zahl der erwerbsfähigen Menschen sinken wird und die Erwerbsbevölkerung spürbar altert. Bis 2060 werden es nach heutigen Schätzungen ein Drittel weniger Erwerbspersonen sein. Doch auch meine Generation braucht Leute, die in die Sozialversicherungen einzahlen und unsere Pflege übernehmen. Selbst Zuwanderung im bisherigen Umfang sowie die seit Kurzem beobachteten höheren Geburtenziffern werden daran kaum etwas ändern, denn sie setzen Jahrzehnte zu spät ein. Auch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren kann diesen Trend lediglich abschwächen. Aus der Alterspyramide ist längst eine zerfaserte Tanne geworden. Bald steht das Dreieck auf dem Kopf.

Prognosen sind freilich immer schwierig, vor allem weil sie die Zukunft betreffen, wie es so schön heißt. Niemand kann exakt vorhersagen, wie der Bedarf am Arbeitsmarkt in den kommenden Jahrzehnten aussehen wird. Wie viele Arbeitsplätze kostet die Digitalisierung? Welche Arbeitsplätze entstehen neu? Wie unterstützen

wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei, diese neuen Arbeitsplätze auch ausfüllen zu können? Was kommt nach der Digitalisierung? Diese Fragen muss man im Blick haben und Antworten geben. Politisch ist aber etwas anderes entscheidend, nämlich die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Und dafür müssen wir dann politisch arbeiten. Schon als ich studiert habe, wurde das Ende der Erwerbsarbeit herbeigeschrieben. Auch von sozialdemokratischen Autoren wie Johano Strasser, die das heute immer noch oder wieder tun. Mich hat das schon damals nicht überzeugt. Und heute treffe ich neben Menschen, die keine Arbeit haben, eigentlich nur Leute, die zu viel Arbeit haben. Und auch künftig will ich dafür arbeiten, dass Menschen ihr eigenes Leben in die Hand nehmen können, Sinn, Struktur und Freundschaften finden, die Welt mit Kreativität und ihrer Hände Arbeit verbessern helfen und im Alter gut versorgt sind. Kurzum: Die SPD ist eine Partei der Arbeit und daran halten wir fest. Arbeit soll menschenwürdig sein, anständig entlohnt werden, nicht krank machen, Spielraum für andere Beschäftigungen lassen. Wir müssen die Arbeitswelt humaner gestalten – ja, aufgeben sollten wir sie nicht.

Stützen wir uns also auf die besten Zahlen, die wir heute haben können: Um das Niveau des Erwerbspersonenpotenzials in den kommenden Jahrzehnten auf dem heutigen Niveau zu halten, wäre im Schnitt eine jährliche Nettozuwanderung von mindestens 400.000 Personen erforderlich. Das sind ungefähr doppelt so viele Zuzüge jährlich wie im Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte. Es ist klar, dass dies in Zeiten unübersichtlicher globaler Migrationsbewegungen und der kaum abreißen lassen Nachrichtenlage zu Flüchtlingen keine leicht vermittelbare Botschaft ist. Dennoch: Wir brauchen die Unterstützung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands und unsere Sozialsysteme auch weiterhin zu sichern. Zugleich führt die wachsende Fachkräftelücke aber auch zu steigendem Druck und wachsender Arbeitsverdichtung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem wir angesichts der Zunahme psychischer Belastungen dringend entgegen wirken müssen. Zuwanderung ist also, wenn wir sie richtig steuern und ordnen, gut für alle Beteiligten. Auf die Freizügigkeit in Europa dürfen wir uns dabei nicht dauerhaft verlassen. Im Gegenteil: auch unsere europäischen Partner benötigen Fachkräfte, viele – gerade auch im Osten – haben ganze Generationen verloren. Für die Zuwanderung sind wir also auch auf sogenannte Drittstaaten, außerhalb der Europäischen Union, angewiesen.

Und darum nimmt die Bundesregierung beides in den Blick: eine Fachkräftestrategie für die heimischen Potenziale auf dem Arbeitsmarkt und zusätzliche Einwanderung mit dem eben verabschiedeten Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

setz. Für die gute Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten in Deutschland wurde bereits das Qualifizierungschancengesetz auf den Weg gebracht, das die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Strukturwandelregionen fördert. Ob Aufstiegs-BAföG, der niedrigschwellige Zugang zu lebensbegleitenden Weiterbildungsangeboten oder die Anerkennung informell erworbener Kompetenzen, solche Maßnahmen stärken Weiterbildung als einen selbstverständlichen Teil der Erwerbsbiographie. Außerdem setzen wir uns für die richtigen Rahmenbedingungen für Arbeit ein, zum Beispiel für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie über das Gute-Kita-Gesetz oder die Eröffnung neuer Perspektiven für Langzeitarbeitslose über einen „sozialen Arbeitsmarkt“. Das ist, was wir in einer Großen Koalition erreichen können: nicht wenig, aber natürlich auch keine SPD pur. Unsere Ziele bleiben ein Recht auf Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und angemessener Anteil für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wohlstand.

Für den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland gab es bisher schon Möglichkeiten. Die OECD zählt uns sogar zu den liberalsten Ländern, was die Einwanderungsgesetzgebung betrifft. Doch die Regeln sind verstreut, unübersichtlich, manche stören sich gegenseitig. Grundsätzlich unterschieden wird zwischen Regelungen für EU-Bürgerinnen, EU-Bürger und Drittstaatlern. EU-Bürger haben das Recht, sich im EU-Raum zu bewegen und eine feste oder selbständige Arbeit zu suchen und anzunehmen. Bei Drittstaatsangehörigen gelten je nach Qualifikation unterschiedliche Regelungen, wobei ein Zuzug schon bisher für Berufe möglich ist, in denen in Deutschland Fachkräfte fehlen. Personen mit Hochschulabschluss können sogar ohne Arbeitsvertrag einreisen und hier eine Stelle suchen. Ein Erfolgsmodell ist die Westbalkanregelung: Personen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien können unabhängig von ihrem Qualifikationsniveau einreisen und eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, sofern sie einen Arbeitsvertrag haben. Diese Regelung zeigt, wie man illegale oder irreguläre Migration zurückdrängen kann, nämlich indem man legale Möglichkeiten eröffnet.

Diese Bausteine wurden nun mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom Sommer 2019

um einen entscheidenden Baustein ergänzt: Erstmals wird die Einwanderung nicht nur für Hochqualifizierte, sondern auch für alle Fachkräfte mit Berufsausbildung geöffnet. Die Vorrangprüfung, also ob auch ein Inländer die betreffende Arbeitsstelle antreten könnte, fällt grundsätzlich weg, ebenso die Begrenzung auf Mangelberufe. Unter engen Voraussetzungen ist eine zeitlich befristete Einreise auch zur Arbeits- oder Ausbildungssuche möglich. Bei der Feststellung der Anerkennung der Qualifikationen soll es besser vorgehen. Das würde auch vielen nutzen, die schon seit vielen Jahren im Lande sind und in Berufen unter ihrer eigentlichen Qualifikation festhängen. Auch soll es möglich sein, sich im Inland nachzuqualifizieren. Denn wer gut ausgebildet ist, kann es sich häufig aussuchen, wo er arbeitet – und zwar weltweit. Wir stehen im Wettbewerb mit anderen Ländern auch außerhalb Europas. Schnellere und einfachere Verfahren, insbesondere bei der Visa-Erteilung, sind letztlich der Schlüssel für den Erfolg der ganzen Gesetzgebung.

Wenn unsere Zeiten uns gerade wieder eines lehren, dann dass es niemals nur darum gehen sollte, was ausschließlich für einen selbst gut ist. Migration ist ein internationales Geschehen, auf das es keine national isolierten Antworten gibt. Vielmehr sind wir dazu aufgerufen, auch im Sinne der globalen Entwicklungsziele und des Globalen Pakts zur Migration, an Gewinnlösungen für möglichst viele zu arbeiten. Und das ist möglich, wenn man auf die Bedürfnisse der Menschen im eigenen Land Rücksicht nimmt und anderen Ländern nicht die Fachkräfte abwirbt, die sie selbst benötigen. Ein Modell ist das sogenannte „Triple Win“-Projekt der Bundesagentur für Arbeit in Kooperation der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit. Hier geht es um nachhaltige Gewinnung qualifizierter Pflegefachkräfte aus Serbien, Bosnien-Herzegowina, Philippinen und Tunesien für Kranken- und Altenpflege. Die Arbeitgeber gewinnen sprachlich und fachlich gut vorbereitete Pflegekräfte, ausländischen Pflegekräfte gewinnen berufliche und persönliche Perspektive mit Mindestgehalt und Gleichstellung zu Einheimischen und einem stabilen und langfristigen Arbeitsverhältnis. Die Herkunftsländer profitieren durch Entlastung ih-

res Arbeitsmarktes und Rücküberweisungen ihrer Staatsangehörigen. Es gibt immer auch viele schlechte Nachrichten, aber es sind solche guten, die uns Orientierung geben für eine Politik, die allen nützt – und das muss der Anspruch sein.

Deutschland ist schon seit über 50 Jahren ein Einwanderungsland. In der SPD-Fraktion haben wir mehr als 20 Jahre darum gekämpft, dies anzuerkennen, die Union tut sich nach wie vor schwer damit. Es gab übelste Kampagnen, erinnert sei an den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Rüttgers „lieber Kinder statt Inder“. Doch nur was wir anerkennen, können wir auch vernünftig gestalten. Einwanderung braucht Regeln, sonst läuft sie ungeregelt. Das ist in niemandes Interesse. Eine gut gesteuerte, geordnete legale Migration ist dagegen ein Gewinn für uns alle. Wir haben die Hürden hochgelegt. Die Zahlen derer, die neu kommen, werden erst einmal niedrig sein. Das gibt uns Gelegenheit zu lernen und nachzusteuern. So, behutsam, schaffen wir auch die nötige Akzeptanz, die jede Zuwanderung braucht, wenn aus den neu Ankommenden, Mitbürgerinnen und Mitbürger, Kollegen, Freunde werden sollen. Ungelernte können von der neuen Gesetzgebung nicht profitieren, so haben wir auch mit Blick auf gewerkschaftliche Positionen entschieden; zunächst muss es bei den inländischen Potenzialen vorgehen. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist damit noch nicht die Einwanderungsgesetzgebung aus einem Guss. An dieser muss weiter gearbeitet werden. Aber sie ist die größte Reform unseres Einwanderungsrechts, für die uns nun ein breiter parlamentarischer Konsens gelungen ist. Ein großer Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion und eine gute Sache für unser Land. To be continued.



Dr. Lars Castelucci, MdB

Sprecher für Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion

lars-castelucci.de

FOTO: BENNO KRAHBAHN

Anzeige

SHOP.SPD.DE
info@imageshop.de
Telefon: 030/25993 650

IMAGE
Produkte **SHOP**
SPD

**IMMER DAS RICHTIGE ...
AUS EINER HAND**

UNSER TIPP!

EINE TOLLE GESCHENKIDEE:
Edelstahl Rollerball mit Lasergravur

>>> WEITERE PRODUKTE
UNTER SHOP.SPD.DE





Der Bau ist genehmigt, aber noch nicht realisiert – diese Lücke ist derzeit sehr groß.

Die Bauwirtschaft kommt nicht nach

Der Überhang an genehmigten, aber nicht fertiggestelltem Wohnraum ist so groß wie noch nie

Autor Bernhard Daldrup

Bauen, bauen, bauen“, so lautet die gängige Formel, um dem Mangel an Wohnraum, vor allem in den großen Städten Deutschlands zu begegnen. Die damit verbundenen Forderungen sind vielfältig, beziehen sich auf die Bereitstellung von Flächen, über allerlei finanzielle Förderungen bis zu baurechtlichen Erleichterungen. Demgegenüber heizen Mietpreisexplosion und Mietpreisbegrenzung – von der Bremse bis zum Deckel – die Stimmung sowohl auf Mieter- als auch auf Eigentümerseite kräftig an.

Rund 1,5 Millionen fehlende Wohnungen werden seit 2018 prognostiziert und genau diese Zahl hat sich die GroKo für diese Legislaturperiode auch vorgenommen. Doch statt der rund 350.000 neuer Wohnungen jährlich, wurden zuletzt nur 287.000 Wohnungen fertig gebaut, eine ordentliche Lücke bleibt bestehen. Bei genauerem Hinsehen stieg die Zahl der Wohnungen in Mehrfamili-

enhäusern allerdings um zehn Prozent und konnte im 10-Jahres-Vergleich sogar einen Zuwachs von 160 Prozent aufweisen. Darauf verweist das für den Wohnungsbau zuständige Bundesinnenministerium in einem Schreiben.

Von der Baugenehmigung bis zum Bezug vergehen im Schnitt zwei bis drei Jahre

Der Antwort ging eine Anfrage von mir voraus, um zu erfahren, wie hoch der Überhang an nicht realisierten Baugenehmigungen ist und welche Gründe es dafür gibt. Die Antwort ist durchaus interessant: „Ende 2018 gab es in Deutschland rund 700.000 bereits genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen“, heißt es.

Einen so hohen Bauüberhang gab es offenbar noch nie. „Würde auch nur die Hälfte zeitnah abgebaut, entspräche dies der prognostizierten Jahresleistung und würde deutlich zur Entspannung

des Wohnungsmarktes beitragen. Das Ministerium verweist darauf, dass bei rund 60 Prozent der Wohnungen bereits mit dem Bau begonnen worden sei. Der große Überhang liegt nicht am fehlenden Grundstück, nicht am fehlenden Baurecht und nicht an überlasteten Bauämtern, die Bauwirtschaft kommt aus unterschiedlichen Gründen nicht nach. Von der Baugenehmigung bis zum Bezug vergehen durchschnittlich zwei bis drei Jahre, der Wohnungsmarkt läßt sich nicht mit einem einzigen Umschalthebel entlasten.

Bauüberhänge sind auf dem Wohnungsmarkt immer da, in Boomphasen erst Recht. Vor allem die Auslastung der Bauwirtschaft führt zu zeitlicher Verzögerung, fehlende Fachkräfte, zu geringe Kapazitäten, Baupreissteigerungen und andere Faktoren tun ihr übriges: Deshalb sind im Wohnungsgipfel und der Bodenkommission viele Maßnahmen beschlossen worden, die sich in der Umsetzung befinden und zur Beschleunigung beitragen.

Was die Umsetzung betrifft, fällt Horst Seehofer weitgehend aus und tritt als Bauminister nicht in Erscheinung. Dabei müsste er vor allen anderen endlich die Bremse der Neubauoffensive lösen. Bisher gibt es von ihm als Bauminister nicht einmal einen jährlichen Baufortschrittsbericht. Wir brauchen Transparenz und nachprüfbar Fakten.

Nächstes Mietpaket ist fällig

Immer wieder spielt auch die Frage eine Rolle, inwieweit Grundstücke mit Baurecht Spekulationsobjekte sind. Ein Indiz dafür können die nicht realisierten Baugenehmigungen sein. Der Wohnungsmarktbericht 2018 der Investitionsbank Berlin rechnet mit rund fünf Prozent der Baugenehmigungen, die in Berlin vor dem Jahr 2015 erteilt und nicht realisiert wurden, immerhin eine Größenordnung von rund 4.800 Wohnungen. Das BMI geht demgegenüber von nur zwei Prozent aus. Allerdings sind hier die Bezugsgrößen immer nur die verfallenen Baugenehmigungen nach – in der Regel – drei Jahren.

Nach meiner Ansicht muss nicht nur der Überhang zügig abgebaut werden. Solange der Druck so hoch ist wie jetzt, muss auch dafür gesorgt werden, dass die Marktlage nicht zu weiteren Mietsteigerungen führt. Das nächste Mietpaket ist deshalb überfällig.



Bernhard Daldrup, MdB,
ist Obmann für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und Kommunen der
SPD-Bundestagsfraktion

V.i.S.d.P.:

Carsten Schneider, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20,
carsten.schneider@spdfraktion.de

Fachkräftemangel in der Pflege

Eine Herausforderung für Kommunen

Autorin Kristina Heinkele

Die Sicherstellung eines adäquaten Betreuungsverhältnisses in der Pflege wird für viele Kommunen zunehmend zur Herausforderung. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung in Deutschland besteht vor allem in der Pflegebranche akuter Handlungsbedarf. Wird nichts unternommen, kann eine Versorgung pflegebedürftiger Personen vielerorts zunehmend nicht mehr verlässlich gewährleistet werden. Darüber hinaus bleiben die betroffenen Regionen hinter ihren ökonomischen Möglichkeiten, wenn sie ihr Arbeitsplatzpotenzial nicht voll ausschöpfen.

Deutschland hat die Tatsache, dass diese Herausforderung ohne die Gewinnung von Fach-

kräften aus dem Ausland mittelfristig nicht zu bewältigen ist, anerkannt, und mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen entsprechenden Rahmen gesetzt. Um den langfristigen Erfolg der Fachkräftesicherung aus dem Ausland sicherzustellen ist es jedoch erforderlich, die Integration der ArbeitsmigrantInnen professionell zu gestalten und zu begleiten. Die Integration von Menschen mit ihrem eigenen kulturellen, geschichtlichen, sprachlichen und familiären Hintergrund, mit Wünschen, Träumen und Befürchtungen, stellt dabei eine komplexe Herausforderung dar, die nur in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Akteuren auf nationaler, föderaler und regionaler Ebene gelingen kann.

Neue Wege der Fachkräftegewinnung

Mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH steht den Pflegeeinrichtungen ein erfahrener Partner zur Seite, der sich bereits seit 2012 mit der Konzeption und Umsetzung von fairen und nachhaltig gestalteten Projekten zur Fachkräftegewinnung beschäftigt, die in Deutschland wie auch den Partnerländern einen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Als Bundesunternehmen für nachhaltige Entwicklung handelt die GIZ nicht profitorientiert und verfügt mit über 20.000 Mitarbeitern in rund 120 Ländern weltweit über umfangreiche Expertise sowie interkulturelles Know-how. In den letzten Jahren hat sich die GIZ dank dieser Basis auch in Deutschland einen Namen als kompetenter Partner in der internationalen Fachkräfterekrutierung und interkulturellen Migrationsbegleitung gemacht.

Eines dieser innovativen Projekte im Bereich der Pflegewirtschaft und Arbeitsmigration ist das Projekt Triple Win – Gewinnung von Auszubildenden aus Vietnam, das von der GIZ in Zusammenarbeit mit der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt wird. Dabei unterstützten GIZ und ZAV interessierte Einrichtungen der deutschen Pflegewirtschaft bei der Gewinnung von jungen

Anzeige

MEINE #zukunftkommune

KOMMUNALE PRÄSENTIEREN IHRE STADT 2030

Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel: Die Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Um vor Ort etwas erfolgreich zu verändern, braucht es Menschen mit guten Ideen.

**Wie sieht Deine Kommune in 11 Jahren aus?
Was wird sich verändert haben?
Und was ist Dein Beitrag dazu?**

Wir laden Dich ein, auf dem DEMO-Kommunalkongress 2019 am 21./22. November in Berlin ein Zukunftsbild für Deine Stadt, Deine Gemeinde oder Deinen Landkreis vorzustellen.

Aus den Bewerbungen wählen wir die fünf besten aus. Am 22. November 2019 sind unter dem Programmpunkt **MEINE #zukunftkommune** fünf Redeslots à zehn Minuten eingeplant.

*Jetzt bewerben,
um beim
DEMO-Kongress
dabei zu sein!*

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik



Bewerben können sich (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Stadt- und Gemeinderätinnen und -räte, Dezernentinnen und Dezernenten sowie Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten.

Kurzbewerbungen
(max. 1 Seite) bitte an:
kommunales@demo-online.de

VietnamesInnen zur Ausbildung in der Alten- oder Krankenpflege. Im Mittelpunkt steht nicht nur die fachliche und sprachliche, sondern auch die kulturelle und soziale Integration der vietnamesischen Auszubildenden, denn nur so kann aus der Rekrutierung auch ein langfristiger Gewinn, der so dringend benötigten Pflegefachkräfte aus dem Ausland entstehen. Die fachliche Expertise der GIZ beruht neben der mehr als zwanzigjährigen Zusammenarbeit mit dem Partnerland Vietnam vor allem auf den Erfahrungen und Erfolgen des Modellvorhabens zur Gewinnung von Auszubildenden für die deutsche Pflegewirtschaft, das im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie seit 2013 umgesetzt wird. Mehr als 350 jungen Menschen sind im Rahmen dieses Modellvorhabens nach Deutschland gekommen. Ihre persönlichen Erfolgsgeschichten wie auch die große Zufriedenheit ihrer Ausbildungsträger und Arbeitgeber zeugen vom Potenzial unseres Ansatzes einer langfristigen, zukunftsorientierten Fachkräftegewinnung für die deutsche Pflegewirtschaft.

Grundlage des Projekts ist dabei der Grundsatz des „Triple Win“

- Für Deutschland und die deutsche Pflegewirtschaft eröffnen sich mit der Gewinnung von hochmotivierten Auszubildenden aus Vietnam neue Perspektiven für eine auf die Zukunft ausgerichtete Personalpolitik.
- Die Auszubildenden aus Vietnam profitieren von der Ausbildungskooperation mit Vietnam durch eine langfristige Beschäftigungsperspektive in Deutschland, während sie in ihrem Heimatland mit einer hohen Arbeitslosenquote nach Ausbildungsabschluss konfrontiert sind.
- Der vietnamesische Staat profitiert durch den Transfer von Know-how und Geldsendungen, während durch den Überhang an jungen Pflegefachkräften im Land sichergestellt ist, dass durch die Abwerbung keine nachteiligen entwicklungspolitischen Folgen für Vietnam zu erwarten sind.

Kultursensible Vorbereitung und Begleitung als Schlüssel zur nachhaltigen Fachkräftegewinnung und Mitarbeiterbindung

Pflegekräfte arbeiten in einem physisch wie auch psychisch hoch anspruchsvollem Beruf, der viel Empathie und Engagement erfordert. Eine der Haupt-Herausforderungen besteht darin, MitarbeiterInnen nicht nur zu rekrutieren, sondern vor allem langfristig zu binden. Dafür bedarf es einer Willkommenskultur, die Fachkräfte aus dem Ausland auch bei ihrem privaten Ankommen in Deutschland unterstützt. Nur so kann Integration beruflich und persönlich gelingen. Bleibt diese Unterstützung aus, wird auch die Rekrutierung keine langfristige Wirksamkeit zur Lösung des Fachkräftemangels bieten können.

Das Projekt setzt daher von Anfang an auf eine intensive Begleitung der vietnamesischen Auszubildenden selbst sowie der jeweiligen Ausbildungseinrichtung. Bereits während des 13-monatigen

Deutschkurses in Vietnam wird mittels der Betreuung durch die Triple-Win-Mitarbeiter der Grundstein für eine Willkommenskultur gelegt. In Deutschland unterstützen GIZ und ZAV die Auszubildenden während der ersten Woche intensiv bei der Eingewöhnung und den administrativen Terminen, sodass sie sich von Anfang an gut aufgehoben fühlen. Die Ausbildungseinrichtungen werden ebenso bei den neuen Herausforderungen begleitet etwa durch organisatorische Unterstützung und interkulturelle Vorbereitungsseminare. Während des gesamten ersten Ausbildungsjahrs steht Triple Win den Auszubildenden und Ausbildungsträgern als kompetenter und zuverlässiger Ansprechpartner zur Seite.

Ein weiteres innovatives Triple Win – Projekt im Pflegebereich ist die Anerkennung von ausländischen Pflegefachkräften in Deutschland. Bei diesem Projekt, das auch von dem Verbund GIZ und ZAV durchgeführt wird, gibt es bestehende Kooperationen mit Serbien, Bosnien und Herzegowina, Tunesien und den Philippinen. Diese Länder verfügen alle über einen Überschuss an gut ausgebildeten Pflegekräften, wodurch sich eine Chance für die deutsche Pflegewirtschaft ergibt.

Wenn alle gewinnen

Mit diesem innovativen Ansatz bieten GIZ und ZAV den Pflegeeinrichtungen in Deutschland eine nachhaltige Möglichkeit, dem zunehmenden Personalnotstand entgegenzuwirken. Dabei erhalten die Unternehmen sowie die MigrantInnen die notwendige Unterstützung, um eine erfolgreiche Projektumsetzung und Integration sicherzustellen.

Erfahrungen belegen den Erfolg eindrucksvoll – die Arbeitgeber zeigen sich zufrieden und die Fachkräfte fühlen sich als KollegInnen und Mitmenschen angenommen und in Deutschland angekommen. In einer Umfrage unter den bisherigen ProjektteilnehmerInnen im Ausbildungsprojekt Vietnam gaben 75 Prozent der Befragten an, mindestens für die nächsten zehn Jahre oder länger in Deutschland arbeiten zu wollen. Triple Win ist somit eine funktionierende und bewährte Alternative, um die Fachkräftesicherung in der Pflege nachhaltig und fair zu gestalten.



Kristina Heinkele

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

giz.de/de/mit_der_giz_arbeiten/11666.html

Folgen der Zuwanderung aus Südosteuropa

Der Bund ist am Zug

Autorin Christiane Certa

Ende Juli 2019 sind in Dortmund insgesamt 9.442 BulgarInnen und RumänInnen gemeldet, rund 17 Mal mehr als Ende 2006 (573). Ihre Zuwanderung konzentriert sich überwiegend in der Dortmunder Nordstadt, wo regelmäßig über 50 Prozent der stadtweit gemeldeten EU2-BürgerInnen registriert sind.

Die meisten wollen dauerhaft bleiben. Sie kommen mit der Hoffnung auf Arbeit und faire Zukunftsperspektiven. Die Realität sieht häufig anders aus. Ein Teil der Menschen war im Herkunftsland das, was allgemein als ‚gut integriert‘ bezeichnet wird, mit Zugang zu schulischer und beruflicher Bildung, zum Arbeitsmarkt, zu medizinischer Versorgung. Junge Menschen mit klaren

Zukunftsvorstellungen, die in ihrem Herkunftsland fehlen. Neben Sprachkursen und der Anerkennung ihrer formalen Qualifikationen brauchen sie wenig Hilfe, um gute Perspektiven zu entwickeln.

Der größere Teil aber lebte in Rumänien oder Bulgarien in schwierigsten Bedingungen: gesellschaftlich ausgegrenzt, ethnisch diskriminiert, in großer Armut, ohne faktische Perspektive auf Verbesserung ihrer Situation. Diese Menschen haben nie Voraussetzungen erworben, die ihnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Viele sind Analphabeten und auch in Dortmund ohne Chance auf ein faires Erwerbseinkommen. Ein großer Teil ist ohne SGB II-Anspruch. Wenn, wie in Dortmund, der Arbeitsmarkt kaum Nischen für Geringqualifi-

zierte bietet, erschwert das die Erwerbsintegration der ZuwanderInnen ohne Berufsabschluss zusätzlich. Weder Mietzahlungen noch eine Krankenversicherung sind so gesichert. Und so kämpfen die Menschen mit schwierigsten Problemkonstellationen. Sie nehmen jede Gelegenheit zur Sicherung ihrer Existenz an, für viele ist das Kindergeld die einzige regelmäßige Einkommensquelle. Oft landen sie in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und überbeuerten Wohnungen in verwahrlosten Immobilien.

Die wenigsten schaffen es, diese Situation komplexer und existenzieller Notlagen aus eigener Kraft zu überwinden. Das belastet auch Zielquartiere wie die Dortmunder Nordstadt. Über ihre engagierten Akteure und Netzwerke erbringen diese Quartiere Integrationsleistungen für die Städte und letztendlich für NRW und Deutschland. Die soziale Last derart problematischer zusätzlicher Lebensbedingungen können aber auch integrationserprobte Nachbarschaften nicht auffangen.

Lösungen sind möglich

Die Städte haben viele Angebote aufgebaut. So setzt – finanziert aus Landesmitteln, kommunalen und Trägerressourcen – das Dortmunder Sozialdezernat gemeinsam mit freien Trägern und dem Job-

Anzeige

**Bei der Kreisstadt Neunkirchen
(ca. 49.000 Einwohner, größte Stadt des Saarlandes nach der Landeshauptstadt) ist die Stelle
der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters (m/w/d)
zum 01. November 2019 zu besetzen**

Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit der CDU-Stadtratsfraktion eine Einigung getroffen und für die Bürgermeisterstelle ein Vorschlagsrecht.
Beide Fraktionen gemeinsam verfügen über 34 der 51 Sitze im Rat.

Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister wird durch den Stadtrat für eine Amtszeit von 10 Jahren gewählt.
Sie/Er ist Vertreter/in des Oberbürgermeisters. Eine Wiederwahl ist möglich.

Die Besoldung erfolgt nach § 3 Nr. 1 der Saarländischen Kommunalbesoldungsverordnung nach Besoldungsgruppe B 3.
Eine Höherstufung nach Besoldungsgruppe B 4 ist frühestens nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Amtszeit vorbehaltlich des Beschlusses des Stadtrates zulässig. Daneben wird eine Aufwandsentschädigung nach der Verordnung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an hauptamtliche kommunale Wahlbeamte und sonstige Behördenleiter gewährt.

Wählbar zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister ist jede oder jeder Deutsche im Sinne des Artikel 116 des Grundgesetzes und jede Unionsbürgerin oder jeder Unionsbürger, die oder der am Tag der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat, die Wählbarkeit zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen Parlament besitzt und die Gewähr dafür bietet, dass sie oder er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

In das Amt kann nicht gewählt werden, wer am Tage des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die/der Bürgermeister/in muss mindestens die Befähigung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung besitzen oder über entsprechende Erfahrungen verfügen, die sie/er durch verantwortungsvolle Tätigkeiten in der Verwaltung oder Wirtschaft erworben hat.

Die SPD ist im Rahmen der Gleichstellung von Mann und Frau an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.
Senden Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis spätestens **27. September 2019** an die
SPD-Fraktion im Stadtrat der Kreisstadt Neunkirchen, Oberer Markt 16, 66538 Neunkirchen oder
online an **spd-fraktion@neunkirchen.de** unter dem Kennwort „Wahl Bürgermeisterin/Bürgermeister 2019“.

center seit 2012 die ‚Gesamtstrategie Neuzuwanderung‘ um. In ihrem Rahmen wurden Problemlagen und Teilhabebarrrieren identifiziert, ein Handlungsrahmen und integrierte Konzepte erarbeitet, Angebote umgesetzt und optimiert. Ziel ist es, für die auf Dauer regelkonform in Dortmund lebenden Menschen gute Teilhabechancen zu schaffen.

Die Erfolge sind messbar: Kinder und Jugendliche in Kita und Schule werden in den etablierten Strukturen zunehmend gefördert, die Deutschförderung wurde verbessert. Die Clearingstelle Gesundheit hat in 500 Fällen, zu denen zusätzlich insgesamt 400 Kinder gehören, einen Krankenversicherungsschutz hergestellt. Vernetzte Arbeitsmarktprojekte brachten seit Mitte 2015 rund 1.300 Menschen in Erwerbsarbeit, weit überwiegend sozialversicherungspflichtig.

Allerdings stößt die örtliche Arbeit an Grenzen. Die fehlende Existenzsicherung vieler EU-BürgerInnen, der mangelnde Zugang zu den Angeboten der Arbeitsverwaltung, fehlende passgenaue Deutschkurse, nach wie vor aufwändige Verfahren zur Herstellung eines Krankversicherungsschutzes – das alles erschwert die Bemühungen der Akteure. Förderprojekte mit begrenzter Dauer helfen allenfalls, Ansätze zu erproben. Langfristige Erfolge sichern sie nicht.

Aktivitäten des Deutschen Städtetages

Die Städte haben dem Bund mehrfach angeboten, durch gemeinsames Handeln die Chance zur Gestaltung der Zuwanderung zu nutzen. In der 2012 konstituierten ‚AG Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien‘ des Deutschen Städtetages (DST) unter Vorsitz der Dortmunder Sozialdezernentin Birgit Zörner arbeiten rund 20 deutsche EU-Zuwanderungskommunen an der Verbesserung der Situation. Auf Basis des 2013 beschlossenen ‚Positionspapiers des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien‘ hat eine unter Federführung Hamburgs eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe die erarbeiteten Erkenntnisse zu konkreten Handlungsvorschlägen weiterentwickelt und der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vorgelegt. Deren positiver Beschluss führte im Ergebnis zur Einrichtung eines Staatssekretärsausschusses, der ein Maßnahmenpaket entwickelte, das allerdings an den Bedarfen der Städte im Wesentlichen vorbeigeht (Vgl. Abschlussbericht BMI, BMAS: Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten. Berlin. 2014.). Ausnahmen sind

- das EHAP-Programm (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland), das im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit des BMAS mit der kommunalen Ebene fortlaufend optimiert wurde,
- die Erprobung kostenloser Integrationskurse für EU-BürgerInnen, deren Finanzierung nach zweijähriger Laufzeit eingestellt wurde,
- ein Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Städte, das – einmalig ausgestattet mit 25 Mil-

lionen Euro für alle EU2-Zuwanderungsstädte bundesweit – einen verschwindend geringen Teil der dort entstehenden Kosten ausgleichen konnte.

Die zur Prüfung der faktischen Entlastungseffekte vom Bund zugesagte Evaluation des Maßnahmenpakets liegt bis heute nicht vor.

2015/16 hatten die Städte neben den ungelösten Problemen der EU2-Zuwanderung zusätzlich die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu bewältigen. Während die Bundesregierung die EU2-Thematik mit Verweis auf die vordringlichere Lösung flüchtlingsthematischer Fragen komplett von der Agenda nahm, erarbeitete die DST-AG den Vorschlag für ein Handlungsprogramm der Kommunal-, der Landes- und der Bundesebene, das 2018 in einem weiteren Beschluss des DST-Hauptausschusses mündete (Deutscher Städtetag: Zuwanderung aus Südosteuropa. Berlin. 2018). Der DST mahnt darin die Unterstützung des Bundes an und empfiehlt erneut die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Im April 2019 folgte ein gemeinsamer Workshop der DST-AG und der beteiligten Bundesressorts zur Umsetzbarkeit der Vorschläge. Die Bereitschaft des Bundes, die Zusammenarbeit fortzusetzen, bleibt abzuwarten. Ziel der Städte ist es, an die gute Kooperation im Rahmen des EHAP anzuknüpfen und gemeinsam zu nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Soziale Probleme der Herkunftsstaaten werden in die Zielstädte getragen

Bisher reicht der Bund die aus den Regelungsdefiziten der EU2-Beitritte resultierenden negativen Folgen durch. Dabei wissen wir zwölf Jahre nach den Beitritten: Ein Großteil der ZuwanderInnen wird bleiben und braucht Unterstützung bei der Erarbeitung von Teilhabeperspektiven. Eine vernünftige Alternative dazu gibt es nicht. Die bundesseitig geforderte Umsetzung rein ordnungsrechtlicher Maßnahmen hilft faktisch nicht weiter. So führt die Überprüfung der Arbeitnehmerfreizügigkeit nur in Einzelfällen zur Rückkehr der Menschen ins Herkunftsland. Vielmehr geraten sie in Illegalität und Verelendung am Rande der Gesellschaft.

Was ist notwendig?

- Um die Potenziale der Zuwanderung zu nutzen, braucht es eine Gesamtstrategie zur Einwanderung. Dabei ist der Bund Hauptakteur auf der EU-Ebene. Er muss seiner Verantwortung gerecht werden. Wichtig ist eine gemeinsame Kommunikations- und Arbeitsstruktur über alle Ebenen.
- Weitere Beitritte erfordern eine soziale Folgenabschätzung; gravierende soziale Probleme in den Herkunftsländern sind vor den Beitritten zu regeln.
- Die Ankunftsquartiere und die dort lebenden Menschen sind mit den Problemlagen überfordert. Zielgerichtete sozialräumliche Hilfen, Angebote zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und erfolgreiche Programme wie der EHAP müssen ausreichend ausgestattet

und verstetigt werden.

- Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen muss der Boden entzogen werden.
- Die Bundesfinanzierung der erfolgreich erprobten Integrationskurse ist fortzusetzen. Es braucht Kombimaßnahmen aus Sprach- und beruflicher Qualifizierung und Verdienstmöglichkeit.
- Die Öffnung der Instrumente der Arbeitsverwaltung und ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor auch für EU-ZuwanderInnen sind notwendig.
- Die finanziellen Aufwendungen der Städte und Regionen, die hohe Lasten aus der EU-Zuwanderung zu tragen haben, sind auszugleichen.
- Die im Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses 2014 zugesagte Evaluation des bundesseitig geschnürten Maßnahmenpakets muss vorgelegt werden.

Insgesamt ist eine Balance aus Hilfe- und Ordnungsmaßnahmen notwendig. Gelingt dies nicht, werden kriminelle Strukturen gewinnen. Verlierer sind dann vor allem die Menschen in den Quartieren, neuzugewanderte und alteingesessene. Fakt ist: Die globale Wanderungsdynamik hält an, ab 2025 ist die Westbalkanerweiterung geplant. Das spricht für eine nachhaltig hohe Zuwanderung nach Deutschland. Die Bundespolitik ist gefordert.

EU2-Erweiterung

Seit 2007 sind Rumänien und Bulgarien (EU2) Mitglieder der EU. Schon 1997 waren für beide Länder massive Defizite bekannt, etwa in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Korruption (Vgl. Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission). Nationale Strategien für mehr Chancengleichheit und Demokratie machte die EU dennoch nicht zur Beitrittsbedingung. Abgesehen von den – entscheidenden – geostrategischen Überlegungen steht in den Erweiterungsprozessen die soziale Bedeutung nicht so im Fokus, wie die wirtschaftliche: Entscheidend sind die Märkte, nicht die Menschen. Die EU2-Zuwanderung in die übrigen Mitgliedstaaten trägt die soziale Dimension in unsere Städte. Gemeinsam getragene Lösungen aller Beteiligten sind erforderlich. Der Bund, als Hauptakteur im Beitrittsprozess, ist in der Pflicht. Vor allem die westlichen EU-Staaten registrieren seit 2007 eine deutliche Zuwanderung aus den EU2-Staaten. Allein in Deutschland ist die Zahl der bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen insgesamt von 112.406 Ende 2006 auf 1.033.289 Ende 2018 auf das fast Zehnfache gestiegen (Quelle: Statistisches Bundesamt und IAB).

FOTO: PRIVAT



Christiane Certa

Leiterin der Strategischen Sozialplanung der Stadt Dortmund

dortmund.de

**JETZT
BEWERBEN!**

Ausschreibung **DEMO-Kommunalfuchs 2019**

Bereits zum 14. Mal werden die DEMO-Kommunalfüchse für herausragende kommunalpolitische Leistungen verliehen.

Gesucht werden Beispiele für herausragendes kommunalpolitisches Wirken, eine vorbildliche kommunalpolitische Strategie oder besonderes Engagement in der Kommunalpolitik.

Die Preisträger 2019 werden von unserer **Jury** Ende Oktober unter allen Bewerbungen ausgewählt.

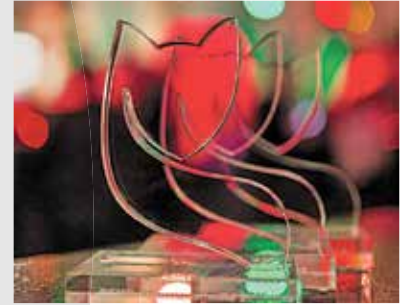
Die Auszeichnungen werden im Rahmen der Abendveranstaltung des DEMO-Kommunalkongresses am 21. November 2019 in Berlin verliehen.

Kandidatenvorschläge oder Eigenbewerbungen mit einer kurzen Projektbeschreibung (bitte max. zwei DIN A4-Seiten) sowie eventuell weitere relevante Unterlagen bitte bis zum **10. Oktober 2019** an

**DEMO – Demokratische Gemeinde
DEMO Kommunalfuchs**

ASK Berlin
Bülowstraße 66
10783 Berlin

Mail: witzel@demo-online.de



AUSWAHL BISHERIGER PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER

- Theresia Riedmaier, Bad Kreuznach
- Ostritzer Friedensfest/„Oberlausitzer Erklärung“
- SPD Lübeck, Kommunalwahlkampagne
- Michael Häupl, Wien
- Hans-Jochen Vogel, München/Berlin
- Unterstützerkreis Rosengarten, Vellmar
- Inklusionsbeirat der Stadt Heilbronn
- SPÖ Jugend Murratal/Österreich
- Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr
- Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau
- Familienkonzept der Landeshauptstadt Hannover
- Klaus Wowereit, Berlin
- SPD Kommunalakademie
- Michael C. Busch, Landrat Coburg
- Bernd Scheelen
- Christian Ude, München
- Norbert Raulin, Bürgermeister Strاسبurg (Uckermark)
- SPD-Gemeinderatsfraktion Heidenrod
- EAF Berlin e.V.
- Monika Kuban, Deutscher Städtetag
- Gemeinde Hüllhorst
- Buch-Projekt „Wirbel im Rathaus (WiR)“
- Georg Kronawitter, München
- SPD-Ratsfraktion Gladbeck
- Rainer Dambach, Bürgermeister Pasewalk
- Mentoringprojekt „Mehr Frauen in die kommunalen Parlamente“ in RLP
- Rosemarie Wilcken, Wismar
- Gemeinde Nalbach
- SPD Gemeinderatsfraktion Mannheim
- „Häkelclub 590“ Hamm
- Gerhard Widder, Mannheim
- Landeshauptstadt Erfurt
- SPD Main-Kinzig-Kreis
- PlaNet Jugend, Gemeinde Aichwald
- Willi Polte, Magdeburg
- Gemeinde Alheim
- Junior SGK Baden Württemberg
- Kids Projekt Osnabrück
- Schwalm-Eder-Kreis gegen Gewalt
- Axel Endlein, Northeim
- Arno S. Hamburger
- Michael Adam, Bürgermeister Bodenmais
- Landkreis Mainz-Bingen
- Gemeinde Hiddenhausen
- Josef Krings, Duisburg
- Hartwig Reimann, Schwabach
- SPD-Ratsfraktion Nürnberg
- Manfred Schaub, Bürgermeister Baunatal
- Jusos Aachen
- AG 60plus SPD Linz am Rhein
- Herbert Schmalstieg, Hannover
- Jusos Dresden
- SPD Wiesloch
- Landeshauptstadt Potsdam

...und 2019 Du?



KOMPETENZEN VERBINDEN FÜR DIE EINE WELT



Akteure von Migration und Entwicklung vernetzen

Kommunale Entwicklungspolitik profitiert von den Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten, die ihr Wissen und ihre Netzwerke in das gemeinsame Engagement einbringen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vernetzt und berät kommunale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des

 Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung